

Liebe Genossinnen und Genossen,



in der letzten Ausgabe des Ostholsteinbriefes habe ich Herrn von Bötticher noch davor gewarnt, im Zusammenhang mit der Wahlkreisneuschneidung Unwahrheiten zu verbreiten. Und

heute? So schnell kann es gehen. Aber damit will ich mich nicht länger aufhalten. Wir haben uns um wichtigere Dinge zu kümmern.

Eines unserer aktuellen parteiinternen Themen ist die Parteireform. Der Parteivorstand in Berlin hat eine organisationspolitische Kommission gebildet. Für den

Landesvorstand arbeitet Sönke Rix. Sönke ist Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde und Vorsitzender des Landesparteiirates. Er arbeitet in der Kommission auf der Grundlage eines Papiers von Andrea Nahles, Barbara Hendriks und Astrid Klug, das in Auszügen auch schon in der Presse diskutiert wurde. Es gibt noch keine Beschlüsse. Der Kreisvorstand behandelt die Themen in der Arbeitsgruppe innerparteiliche Demokratie und Parteiororganisation. Am 30. August wird sich auch der Landesparteirat mit unserer Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug, mit dem Papier auseinandersetzen. Der Kreisvorstand hat in seiner Sitzung am 23. August die Kernaussagen diskutiert und gibt den Landesparteiratsdelegierten Burkhard Klinke und mir ein Votum mit auf den Weg.

Die Kernaussagen und unsere vorläufige Stellungnahme findet ihr in der heutigen Ausgabe. Sobald diskussionsfähige Unterlagen vorliegen, wird der Kreisvorstand zu einer Ortsvereinskonferenz einladen und mit euch die Themen diskutieren. Wer schon vorher mitarbeiten möchte, kann sich gern der Arbeitsgruppe anschließen. Ansprechpartner ist mein Stellvertreter Henrik Petersen. ■

Mit solidarischen Grüßen
Euer

Kreisvorsitzender

Die Debatte um die Parteireform

Auf der Grundlage der Beschlussfassung auf dem Bundesparteitag in Dresden, auf dem unser Bundesvorsitzender über die Reform unserer Partei gesprochen, hat sich im Parteivorstand in Berlin eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Vorschlägen gebildet. Federführend sind dort Andrea Nahles, Astrid Klug (Bundesgeschäftsführerin) und Barbara Hendricks (Bundeschatzmeisterin) verantwortlich. Für den schleswig-holsteinischen Landesverband nimmt der Kreisvorsitzende aus Rendsburg-Eckernförde, Sönke Rix (MdB), an den Beratungen teil.

Sönke hat ein Diskussionspapier erstellt, das der SPD-Kreisvorstand in seiner letzten Sitzung am 23. August 2011 beraten hat. Mit diesen Beratungsergebnissen haben Burkhard Klinke und ich den Kreisverband auf der Sitzung des Landesparteiirates am 30.08.2011 vertreten. Unsere Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug hat dort ein Eingangsreferat gehalten, anschließend wurden die unterschiedlichen Auffassungen debattiert.

Die behandelten Themen in Stichworten und die Stellungnahme des Kreisverbandes

Mitgliederentwicklung und -betreuung auf allen Ebenen. Stichworte: Mitgliederbeauftragte in Ortsvereinen, Einrichtung einer bundesweiten Servicestelle, deren Dienste alle Landesverbände und Bezirke in Anspruch nehmen können.

Die Mitgliederbetreuung findet im Wesentlichen auf Orts- und Kreisebene statt. Wenn eine Servicestelle eingerichtet wird, dann muss sie mindestens auch für die Kreisverbände und Unterbezirke zur Verfügung stehen. Doch stellt sich die Frage, welchen Service diese Stelle bieten soll?

Stärkere Mitgliederbeteiligung. Stichworte: Wahl von Vorsitzenden, auch durch Urwahlen mit Briefwahl, Erweiterung der Möglichkeiten, auf allen Gliederungsebenen Sachentscheide durch die Mitglieder

herbeizuführen und die Möglichkeit der Beteiligung von Mitgliedern bei der Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate durch eine Urwahl (Bestätigung durch Delegiertenkonferenzen!)

Grundsätzlich OK. Wird aber schwierig sein zu definieren, wer nahestehende Organisationen sind. AWO? Gewerkschaften?

Öffnung für Unterstützer. Stichworte Bürgerparteitage, Gespräche mit örtlichen Initiativen, Einräumung von Antrags- und Rederechte auf unseren Parteiversammlungen.

Kritisch sehe ich [Sönke Rix, Anm. d.Red.] den Vorschlag, bei der Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate auch Sympathisantinnen und Sympathisanten im Rahmen von Vorwahlen zu beteiligen – auch, wenn es in den Vorschlägen nur darum geht, die Möglichkeiten dafür zu schaffen und die Gliederungen weiter frei sind, das Verfah-

ren zu wählen.

Ein Rederecht können wir uns vorstellen. Ein Vorschlagsrecht für Anträge ebenfalls. Zu einem Antragsrecht kommt von uns ein klares **NEIN**. Damit können Parteitage zerstört werden.

Wir sprechen uns gegen ein Vorschlagsrecht für Kandidaturen aus. Bei mehreren Bewerbungen sollen Nichtmitglieder gern wie bei unserer Suche des/der SpitzenkandidatInnen abstimmen können. Allerdings nur als Spiegelbild der öffentlichen Meinung und Meinungsfindungshilfe der Mitglieder.

Öffnung für Mitglieder uns nahestehender Organisationen. Stichworte: Mitspracherecht auf allen Ebenen der Partei und Eröffnung der Möglichkeit, eigene Anträge stellen zu dürfen.

OK.

Stärkung der Ortsvereine. Stichworte: Befreiung von aufwändigen Verwaltungsaufgaben, Hilfsangebote z. B. bei der Kasensführung und der Erstellung des Rechenschaftsberichtes.

OK.

Mehr Gewicht für die Kommunalpolitik. Stichworte: Rede- und Antragsrecht für die SGK auf den Parteitag, Verankerung des Kommunalbeirats in unseren Statuten.

OK für Rede- und Antragsrecht der SGK. Da Kommunalpolitiker aber sehr ausreichend in den Gremien vertreten sind, ist das Rede- und Antragsrecht für die SGK nicht unbedingt erforderlich. Was ist ein Kommunalbeirat? Wo besteht er derzeit?

Stärkung der Unterbezirke/Kreisverbände. Stichworte: Jährliche bundesweite Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden, Innovationsfonds zur Unterstützung besonders aktiver und innovativer Kreisverbände, ggf. Zusammenlegung von Ortsvereinen.

Grundsätzlich ja. Doch wer fährt tatsächlich zu diesen Konferenzen? Die letzte KV-Vorsitzendenrunde in Berlin war, unserem Wissen nach, nur von Ralf Stegner besucht! Es ist eine Zeit- und zwischenzeitlich auch eine Geldfrage. Aus der Tasche des Kreisvorsitzenden? Aus der Kasse des Kreisvorstandes? Wir sind froh, wenn wir unsere laufenden Geschäfte und die Wahlkämpfe finanzieren können. Nein zum Innovationsfonds. Damit werden wenige ge-

ehrt, andere nicht motiviert sondern eher demotiviert, weil die großen und reichen KV's mehr zu leisten im Stande sind. Das Geld lieber sparen und anders verwenden. Z.B. in eine andere Beitragsstruktur.

Bessere Zielgruppenarbeit. Stichworte: Öffnung der Arbeitsgemeinschaften für Nicht-Mitglieder, Bildung von inhaltlichen Themenforen.

AGs können heute schon Nichtmitglieder aufnehmen. Siehe § 10 Abs. 1 letzter Satz Orga-Statut.

Nutzung des Internets für schnellen Gedankenaustausch und Mitmachangebote. Stichworte: Entwicklung von Initiativen und Anträgen im Netz, Antrags- und Rederechten für die Initiatoren auf Delegiertenkonferenzen und Parteitagen.

Das Internetangebot „MeineSPD“ war schon ein guter Anfang. Wurde aber vom Parteivorstand ohne Rücksprache mit der Basis abgeschafft. Soziale Netzwerke, so einfach wie Facebook z.B. aber nur für Mitgliedernutzbar, wäre das Richtige. Wo ist die Info, was alles über meine SPD möglich ist?

Bessere Information der Ehrenamtlichen. Stichwort: Schaffung von rechtlichen und technischen Voraussetzungen.

OK.

Ausbau der innerparteilichen Bildung. Stichworte: Bildungs- und Mitgliederbeauftragte, Online-Akademie für Nachwuchskräfte, Qualifizierungsangebote für Hauptamtliche.

OK. Doch es gibt doch schon viele Angebote, die leider nicht oder wenig angenommen werden, zu schlecht beworben, manchmal zu lang und/oder zu teuer sind. Ansatz ist aber richtig und wichtig. Keine doppelten Angebote LV und FES. Angebote konkreter fassen.

Frauen in der SPD. Stichworte: 40 Prozent Frauen als Direktkandidatinnen bei der nächsten Bundestagswahl, Förderung einer offenen Diskussionskultur, spannende Beteiligungsformen, weniger Zeitverschwendung durch langwierige Sitzungen, bessere Vereinbarung der politischen Arbeit mit Familie und Beruf.

Volle Unterstützung. Nur, es kann nicht von oben verordnet werden. Es muss die Akzeptanz an der Basis finden. Das wiederum gelingt nur dann, wenn es von oben

richtig und durchgängig vorgelebt wird. Damit es das wird, muss unserer Meinung nach eine Sanktionierung eingerichtet werden, wenn sich nicht daran gehalten wird.

Öffnung für Migranten. Stichwort: 15 Prozent „Migrantenquote“ in allen Führungsgremien der Bundespartei.

Keine weiteren Quoten. Warum Migranten? Was ist mit Behinderten usw. Sehr wünschenswert wenn alle Gruppen vertreten sind. Muss aber außerhalb von Quoten geschaffen werden.

Keine demokratiefreien Zonen, Stichwort: Rahmenbedingungen für die Ausbildung von haupt- bzw. ehrenamtlichen Aktiven (Organizer).

Tut uns leid. Damit können wir nichts anfangen. >>Keine demokratiefreien Zonen<<? Haben wir die denn in unserer Partei? Organizer können wir uns noch vorstellen. Mit den Teamern, die der Landesverband ausbildet, gibt es sie ja schon. Die Ebenen müssen aber auf die Teamer oder Organizer zugreifen können. Mit der Ausbildung muss eine Verpflichtung einhergehen, dass KVs und OV's sich der Dienste und dem Können der Teamer/Organizer bedienen können.

Neue Beitragstabellen, Stichworte: Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten selbst ein. Gersonderte Beitragstabelle für Abgeordnete und Parteimitglieder, die finanziell von ihrer politischen Position profitieren.

Die derzeitige freiwillige Selbsteinschätzung wird für das beste System gehalten. Kann ergänzt werden, wie z.B. bei der TAZ. Einen Beitrag nach Selbsteinschätzung. Einen freiwilligen höheren Förderbeitrag usw.

Effiziente Führungsstrukturen und eine klare Zuordnung von Themen und Verantwortlichkeiten zu Personen.

Kritisch diskutiert werden die konkreten Vorschläge. Eine AG, der ich [Sönke Rix] auch angehöre, schlägt diese Kompromisslinie vor: Bundesparteitag mit 600 Delegierten, kleinerer Parteivorstand mit maximal 30 Mitgliedern inkl. Präsidium, kleinerer Bundesparteirat (70-90, mit Landesvorsitzenden und AG-Vorsitzenden, Halbierung der Anzahl der beratenden Mitglieder, vier Sitzungen pro Jahr, evtl. davon eine Sitzung als Kleiner Parteitag

mit erweiterter Zusammensetzung, ca. 170). Weitere Stichworte: Vorschlag Länderrat entfällt, einmal im Jahr tagt eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden, der ordentliche Parteitag tagt alle zwei Jahre. In den Zwischenjahren findet ein kleiner (Arbeits-)Parteitag zu Themenschwerpunkten statt. **Wir können aus den unter KRITISCH gesetzten Punkten nicht abschätzen, wie es sich auf die Möglichkeit der besseren**

Beteiligung der Basis auswirkt, wenn die Gremien straffer organisiert werden. Wir haben den LPT erweitert um die Basis mehr mit einzubinden. Ist das jetzt nicht kontraproduktiv dazu?! Treffen der Kreisvorsitzenden werden in unserem Landesverband ja auch sehr kritisch gesehen. Wird also sehr kritisch von uns gesehen.

Am 27. September 2011 wird der Parteivorstand einen Leitantrag für den Bun-

desparteitag beschließen. Im Anschluss daran werden die Parteigremien, also auch die Ortsvereine und der Kreisverband die Möglichkeit haben, bis zum 25. November 2011 Anträge zum Leitantrag zu stellen. Auf dem geplanten Kreisparteiausschuss werden wir uns neben dem Wahlprogramm 2012 auch mit der Parteireform beschäftigen. ■

Lars Winter

Zeitplan Landtagswahlprogramm 2012

Die Landtagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Am 26. und 27. September 2011 führen wir unsere Wahlkreiskonferenzen in Lensahn und Stockelsdorf für die Wahlkreis 18 und 19 durch. Am 6. und 7. Oktober 2011 folgen die Wahlkreiskonferenzen in Schönberg und Plön für die Wahlkreise 16 und 17.

Parallel dazu wird das Wahlprogramm vorbereitet. Zwischenzeitlich liegt der konkretisierte Terminplan des Landesvorstands vor (s.u.).

Kreisvorstandsbeschluss

Die Ortsvereine, Arbeitsgebiete, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsgruppen und der Kreisvorstand tagen intern und erarbeiten und formulieren Anträge zum Wahlprogramm. Am 4. November 2011 tagt

der Kreisparteiausschuss zum Wahlprogramm. Am 25. November 2011 werden die Anträge auf einem Kreisparteitag beraten und beschlossen.

Die Mitglieder des Kreisvorstands unterstützen euch gern bei euren Beratungen zum Wahlprogramm. Die Arbeitsgruppe innerparteiliche Demokratie des Kreisvorstands ist schon tüchtig dabei, neue Arbeitsformen für den Kreisparteiausschuss zu entwickeln, damit wir zu interessanten Diskussionen kommen. Ich bitte euch rege an dem Wahlprogramm mitzuarbeiten. Es ist immer besser sich vorher für seine Prioritäten einzusetzen als hinterher zu meckern, wenn die eigenen Schwerpunkte nicht berücksichtigt wurden. ■

Lars Winter

- 2011**
- 24.09. Bürgerparteitag
 - 26. – 30.09. Programm-Kommission, Programm-Entwurf Rohfassung
 - 03. – 07.10. Programm-Kommission, Schlussredaktion für Programmentwurf
 - 15.10. Versand Programmentwurf an Gliederungen
 - 15.11. – 10.12. Kreisparteitage zum Wahlprogramm
 - 10.12. Antragsschluss zum Wahlprogramm
 - 16. – 17.12. Programm-Kommission, Klausur, Einarbeitung KV-Anträge, Entwurf für LPT
- 2012**
- 10.01. Versand Programmentwurf an Delegierte

AfA OH zu Gast im Hansa Park Sierksdorf

Am 30. August traf sich die AfA im Hansa Park mit dem Geschäftsführer Herr Leicht, der auch Präsident der IHK ist, zu einem Gedankenaustausch. Nachdem Herr Leicht einen ausführlichen Bericht über die Entstehung des Parks bis hin zum Ausblick in die Zukunft gegeben hatte, hinterlegt mit einer sehr anschaulichen Powerpoint-Präsentation, stand er für Fragen zur Verfügung. In einer regen Diskussion drehte sich

dann alles um Arbeitnehmerthemen, wie Fortbildung, Beschäftigungszahlen, Mitarbeitervertretung, Leiharbeit sowie Mindestlohn und auch Auswirkungen für den Betrieb wenn die FBQ kommt. Von dieser Stelle noch mal herzlichen Dank für die konstruktive und informative Sitzung und das Fingerfood-Bufferf. ■

AfA Kreisvorsitzende
Inke-Marie Jaschinski



AsF Jahreshauptversammlung

Liebe Genossinnen,
liebe Frauen!

Herzlich möchte ich Sie und Euch alle zu unserer AsF Jahreshauptversammlung am Mittwoch, den 28. September um 19 Uhr im Brauhaus in Eutin einladen!

Der gesamte Vorstand steht zur Wahl, ebenso Delegierte für die Landesfrauenkonferenz der AsF.

Da ich im Brauhaus den passenden Raum reservieren möchte, damit wir ungestört tagen können, bitte ich um Eure verbindliche Anmeldung bis Freitag, den 9. September. ■

Swantje Meininghaus.



Bundestags-Haushaltsexpertinnen bei der AsF Ostholstein Wer das Geld verteilt, hat die Macht!

Auf Einladung von Swantje Meininghaus, der Vorsitzenden der AsF in Ostholstein, trafen sich die stellvertretende SPD Chefin des Haushaltsausschusses Bettina Hagedorn, die Haushaltsausschussvorsitzende Petra Merkel und MdL Regina Poersch in der zweiten Augustwoche mit finanzpolitisch interessierten Frauen.

Dem wichtigen und einflussreichen Gremium des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, das auch Königsausschuss genannt wird, gehören 41 Parlamentarier an. Neben den beiden SPD-Frauen sind es noch zwei Grüne Kolleginnen und je eine aus der CDU/CSU, der FDP und der Linken.

Die SPD Genossinnen aus Ostholstein waren ebenso vertreten, wie Teilnehmerinnen des „Ladies Day“, den jährlich die SPD Bundestagsabgeordneten in Berlin ausrichten, um persönliche Kontakte von Frauen in Politik und Wirtschaft zu stärken. Gerade die parteiübergreifende Mischung des Abends machte ihn so bunt und vielfältig.



eigene Handeln handfeste Verbesserungen bewirken kann. Diese Verbesserungen lasen sich am deutlichsten in den Sitzungen eines Finanzausschusses, in kommunalen Haushaltsplänen und an zugewiesenen Geldern ablesen!

In diesen Ausschüssen aber sind die Frauen meist in der Minderheit, sogar selbstständige Frauen, die erfolgreich ihre Firma führen, trauen sich oft das Verstehen eines Haushaltsplanes nicht zu. Dabei

Holstein hat bundesweit mit die höchsten Kindergartengebühren – seit neuestem auch ein Nebeneinander von G8 und G9, das uns als „Freier Elternwille“ verkauft werden soll – aber in der Praxis Verunsicherung und Mehrbelastung bewirkt.

Diese Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie sind auch wirtschaftspolitisch unvernünftig. Rentenkassen wären voller, Fachkräfte würden nicht in diesem Maße fehlen,



Viele der Frauen, die sich im Garten von Swantje Meininghaus trafen, erzählten, dass sie aus der Überzeugung heraus, ihre Lebensumstände positiver gestalten zu können erste politische Ämter übernommen haben. Dann aber merkten sie, dass Politik auch Spaß machen kann, weil das

sind an ihm der Zustand der Kommune und ihre Prioritätensetzung abzulesen. Und wir Frauen tragen mehrfach die Folgen der Entscheidungen: Nur für 16% der Unter-Dreijährigen stellt Schleswig-Holstein Krippenplätze zur Verfügung, bundesweit sind es im Durchschnitt 32%. Schleswig-

wenn Familie kein Karrierehindernis für Frauen wäre. Und – das ist empirisch belegt – Frauen in Vorständen verbessern das Unternehmensergebnis!

Aber nicht nur Familienpolitik bestimmte den Abend, die Diskussion befasste sich lange mit der Finanztransaktionssteuer – die die SPD bekanntlich einführen möchte – und den Positionen der anderen Parteien und der anderen europäischen Länder dazu. Nach Einschätzung der beiden Haushaltsexpertinnen kommt die Steuer. „Aber jemand muss den Anfang machen“, fordert Bettina Hagedorn auf. Nun, aktuell sieht es so ja auch aus!

„Wer das Geld verteilt, hat die Macht.“ aber „Frauen engagieren sich in der Politik um die Gesellschaft menschlicher zu machen, nicht um der Macht willen.“ So könnte das Fazit des Abends lauten. ■



Fotos © Lukas Meininghaus

Swantje Meininghaus

Kreisvorstand

Reformgesetzentwurf zur Landärzteversorgung und Pflegestützpunkte

Es ist inzwischen Tradition, dass der Kreisvorstand der SPD-Ostholstein monatlich Gäste zu seinen Sitzungen einlädt. In diesem Monat konnten wir Herrn Dr.

davon aus, dass die vorhandenen Praxen einem Versorgungsstand von 100% entsprächen. Was natürlich nicht stimmt. Es war eigentlich eine willkürlich gegriffene



Dr. Theodor Siebel, Lars Winter und Dr. Thomas Schang

Thomas Schang und unseren Genossen Dr. Theodor Siebel begrüßen. Das Thema Gesundheit stand bereits bei unserer öffentlichen Veranstaltung am 31. Mai in Oldenburg auf dem Programm. Dort haben wir uns zu diesem Gespräch verabredet.

Dr. Schang ist Vorsitzender des Ärztenetzes Eutin-Malente e.V., Vorsitzender des Strukturausschuss der Ärztekammer SH, KV-Kreisstellenvorsitzender Ostholstein und ärztlicher Geschäftsführer des Gesundheitsnetzes östliches Holstein-Management GmbH (GöH GmbH), Dr. Siebel steht dem Ärztenetzwerk Nord vor.

Der Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-VSG) sieht nach Ausführungen von Herrn Dr. Schang nicht nur eine Verbesserung der Unterversorgung in den ländlichen Gebieten vor, sondern umfasse natürlich auch die kritischen städtischen Bereiche. Auch hier bestehe Ärztemangel. Er beschreibt die unterschiedliche ärztliche Versorgung nicht als Stadt-Land-Problem, das Problem sei vielschichtiger. Um die Versorgung in allen Bereichen unseres Landes zu verbessern, solle die bisherige Bedarfsplanung komplett reformiert werden. Bislang baute die Bedarfsplanung auf den Stand der Ärzteversorgung zum Stichtag 30.12.1990 auf. Damals ging man

Zahl. Bis heute wird auf dieser Basis der Bedarf ermittelt. So kommt es zu Aussagen, dass sich die Versorgung mit z.B. Internisten im Bereich von 450% bewegt. Obwohl die vorhandenen Internisten praktisch an der Kapazitätsgrenze liegen. Nun sollen weitere Faktoren mit in die Bedarfsplanung aufgenommen werden. So soll künftig die Altersstruktur der Patientinnen und Patienten und die Infrastruktur (komme ich mit ÖPNV zum Arzt und wieder zurück?) berücksichtigt werden.

Die Argumentation, dass wir zwischenzeitlich ein Vielfaches an Ärztinnen und Ärzten haben und es trotzdem nicht gelingt alle Landstriche mit einer auskömmlichen Praxisdichte zu versehen, liegt auch an anderen Faktoren. So wurden früher nur ganze Zulassungen erteilt. Die Ärztinnen und Ärzte mussten sich entscheiden: Praktiziere ich, dann nur den ganzen Tag, oder bin ich für meine Familie da. Heute werden auch halbe und viertel Zulassungen erteilt. Der Grund: Zwischenzeitlich werden mehr Ärztinnen als Ärzte ausgebildet. Und hier besteht die berechtigte Forderung, dass auch Ärztinnen das Recht auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben. Also gibt es zwar mehr Ärztinnen und Ärzte, die Gesamtzahl der praktizierten Stunden sinkt hingegen.

Weitere Maßnahmen zur Steigerung

der Attraktivität werden vorgeschlagen. Doch der landespolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Bernd Heinemann, meint zu den Auswirkungen des neuen Gesetzes: „Das Versorgungsgesetz ist eine Ansammlung von Einzelmaßnahmen, die punktuell Verbesserungen bei der ärztlichen Versorgung erwarten lassen. Besonders die Honorarversprechen für die Ärzteschaft werfen die Frage auf, wer das bezahlen soll. Nach Lage der Dinge sollen hier Mittel aus dem Sozialausgleich für die Zusatzbeiträge verwendet werden. Das geht eindeutig zu Lasten von Versicherten, die niedrige Einkommen oder Renten beziehen.“

Überhaupt ist die Finanzierung dieses Versorgungsgesetzes eher mit Zusatzbeiträgen oder erheblichen Haushaltsbelastungen verbunden. Die ablehnende Haltung des Bundesfinanzministers ist in dieser Hinsicht gut nachzuvollziehen. Besser sind für die ländliche Versorgung konkrete Vereinbarungen z.B. mit angehenden Medizinstudierenden, sich für die Rolle als Landärztin oder Landarzt zumindest zeitlich zu verpflichten. Die tatsächlichen Auswirkungen der Krankenversorgung für die Versicherten in Schleswig-Holstein bleiben nach Vorlage des Gesetzes im Dunkeln. Auch die organisatorischen Veränderungen im Gesundheitsmanagement sind mit vielen Fragezeichen versehen. Auch das Problem der mangelhaften Pflegeversorgung bleibt ungelöst.“

Dr. Siebel sieht einen Lösungsansatz der Misere in der Kooperation der Ärzte. Die ihm bekannten Umsetzungen seien zum Teil schlecht. Der Grundansatz sei aber richtig. Man müsse einen guten Mittelweg finden. Die Einrichtung von Polikliniken oder sogenannten MVZ (Medizinischen Versorgungszentren) sieht er kritisch. Dr. Schang hingegen hat Beispiele für funktionierende MVZ, z.B. das WestDoc-MVZ an der Westküste. Hier hat die regionale Ärzteschaft 51% der Verantwortung übernommen und so den Vorbehalten aus der Ärzteschaft entgegengewirkt.

Wir setzen uns seit Jahren für die Einrichtung eines unabhängigen Pflegestützpunktes in Ostholstein ein. Der Kreis, das Land und die Pflegekassen haben den gesetzlichen Auftrag, in jedem Kreis einen unabhängigen Pflegestützpunkt einzurichten. Leider ist diese Verpflichtung

nicht sanktioniert, das heißt: „Wird nichts gemacht, passiert auch nichts!“ Seit Jahren wird der Schwarze Peter vom Kreis zum Land und zu der Pflegekasse und wieder zurück gespielt. Alle reden sich raus und geben dem jeweils Anderem die Schuld, weil von dort zu wenig Engagement gezeigt werde. Konkret geht es um die Finanzierung. Niemand ist bereit die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Mehrheitsfraktionen im ostholsteiner Kreistag, CDU und FDP, weigern sich

den ersten Schritt zu tun. Mehrfach hat die SPD-Kreistagsfraktion entsprechende Anträge gestellt. Immer wurden sie abgelehnt. Dr. Schang hält diesen Zustand auch für unerträglich. Er berichtet, dass das Gesundheitsnetz östliches Holstein-Management GmbH gemeinsam mit den Ärzten der Sana Kliniken und den größeren Pflegestützpunkten dabei ist, einen Pflegeberatungsstützpunkt in Ostholstein aufzubauen. Gespräche dazu wurden bereits mit dem Kreis und der Pflegekasse

geführt. Dieser Pflegestützpunkt kann natürlich nicht so umfangreich und aufwendig arbeiten wie eine gemeinsame Einrichtung des Landes, des Kreises und der Pflegekasse, aber es ist ein Anfang.

Nach zwei Stunden intensiven Gesprächs dankt Lars Winter den Herren Dr. Schang und Dr. Siebel für ihre Gesprächsbereitschaft. Da uns das Thema Gesundheit in vielen verschiedenen Facetten auch weiterhin begegnen wird, haben wir weiteren Gedankenaustausch verabredet. ■

FFBQ-Hinterlandanbindung

Zur neuen Bahntrasse eine Bäderbahn für OH!



Nachdem sich immer mehr Widerstand gegen den Ausbau der bisherigen Eisenbahnstrecke im Bereich der Lübecker Bucht aufbaut, müssen auch Überlegungen angestellt werden, wie die Bahnanbindung der Bäder in Zukunft sein wird. Wenn es zu einer neuen Streckenführung kommen sollte, wären die Bäder abgeschnitten, die neuen Haltepunkte befänden sich irgendwo an der Autobahn auf der grünen Wiese. Bekannt ist aber, dass Haltepunkte möglichst ortsnah sein sollten. Der neue Haltepunkt in Burg auf Fehmarn ist dafür ein sehr gutes Beispiel, denn er wird sehr gut angenommen.

Hier habe ich vor einiger Zeit die Idee ins Spiel gebracht, dass man Überlegungen anstellen sollte, wie man diesses bisherige Gleis erhalten könnte. So könnte eine Art S-Bahn zwischen Lübeck und

Neustadt geben, um damit halbstündliche Angebote für Reisende zu haben. Allerdings stieß mein Vorschlag bisher mehr oder weniger auf taube Ohren, denn es wurde lapidar erklärt, die Bahn wolle die Strecke nicht weiterbetreiben, dann könne der Erhalt der Strecke aber nicht finanziert werden. Mein Gedanke geht aber noch weiter, denn das könnte der Anfang eines Lübecker S-Bahn-Netzes sein. So könnten Verbindungen nach Mölln, Eutin, Travemünde und Reinfeld/Oldesloe entstehen.

Ich hatte die Genossen in Lübeck angeschrieben, musste aber feststellen, dass es dort anscheinend niemanden interessiert, denn ich bekam keine Antwort. Etwas anders sah es bei den Bürgermeistern in Ostholstein aus, denn sowohl aus Neustadt als auch aus Timmendorfer Strand kamen positive Signale. Man kann sich dort gut vorstellen, dass es Vorteile für die Orte in der Lübecker Bucht geben könnte, wenn die Strecke erhalten bliebe.

Damit war für mich eigentliche ein erster Schritt getan, nun müsste nur noch die Politik auf den Zug aufspringen und sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass diese Wünsche auch erfüllt werden. Die Signale fehlen bisher. Da der Ausbau der Hinterlandanbindung die Bäder von der Bahnstrecke abkoppeln wird, muss also die Forderung der Politik aus Ostholstein sein, für den Erhalt der Bäderstrecke die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Bisher sah es so aus, als habe man kein großes Interesse.

Aber nun gibt es seitens der Landesweiten Verkehrservicegesellschaft (LSV) ein Gutachten, das genau meine Vorschläge aufgreift. Das Gutachten sieht die Ausgestaltung einer Regio-S-Bahn als sehr posi-

tiv an um damit auch Reisende wesentlich mobiler zu machen. Plötzlich erklärt die Lübecker SPD hinter diesen Plänen zu stehen – ein Wunder? – wie auch die anderen Parteien.

Ich denke, nun ist diese Vorstellung zum Erhalt der alten Strecke, wenn es denn zu einem Neubau der Trasse kommt, doch ein Stück näher an die Realität gerückt. Es sollte alles unternommen werden, damit sich alle Verantwortlichen in unserem Kreis dafür einsetzen, denn eine zweite Chance, einen schnellen und bequemen Nahverkehr auf der Schiene zu bekommen, wird es nicht geben. Dazu kommt, dass die Strecke in einem sehr guten Zustand ist.

Da auch das gesamte Netz Ost bis zum Jahr 2019 neu ausgeschrieben werden muss, wäre hier die Chance besonders groß, die alte Strecke in das Ausschreibungspaket aufzunehmen. Das Land spricht von ca. zehn Prozent Mehrkosten. Diese könnten bei einer Ausschreibung möglicherweise ausgeglichen werden, da sich sicher mehrere Unternehmen bewerben werden.

Ich kann nur hoffen und wünschen, dass sich Ostholstein diese Chance nicht entgehen lässt, sondern alle Hebel in Bewegung setzt, dass die Möglichkeit des Erhalts der Strecke auch genutzt wird. Da die Mobilität durch immer weiter steigende Energiekosten in Zukunft eingeschränkt wird, kommt die gute alte Bahn sicher wieder zu mehr Ehren. Dann benötigt man auch die entsprechenden Angebote – hoffen wir auf die Vernunft aller Beteiligten. ■

Gerhard Poppendiecker
Sprecher der AG Nord

Die Finanzierung der Geschichte Ostholsteins in drei Teilen

Bettina Hagedorn mit Petra Merkel unterwegs in Ostholstein

Stippvisite im Wallmuseum Oldenburg

Am 13. August 2011 besuchte ich mit meiner Bundestagskollegin Petra Merkel, der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages (u.a. seit Jahren verantwortlich für das Ressort Kultur und das Kanzleramt), die Feldsteinkirche in Ratekau, wo wir über den Stand der Sanierungsarbeiten mit europäischen Mitteln informiert wurden. Ein besonderes Indiz für den kulturellen Wert dieser Sanierungsmaßnahme war die Teilnahme des Spitzenkandidaten der SPD für die Landtagswahl 2012, dem Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig. Außerdem waren die Landtagsabgeordnete Sandra Redmann, der SPD-Kreisvorsitzende Lars Winter, der Ratekauer Bürgermeister Thomas Keller, die Pastorin Frau Dittmann, der federführende Architekt Herr Ewers, sowie Herr Beck und Herr Rutz als Verantwortliche des seit Jahren ehrenamtlich

einziges Projekt in Schleswig-Holstein – insgesamt 800.000 Euro aus dem Gebäudesanierungsprogramm des Konjunkturpaketes II zugesprochen erhielt. Damit waren zweidrittel der Investitionskosten von 1,2 Mio. Euro vom Bund gesichert.

So konnte nicht nur ein großer Erfolg für die Kirchengemeinde und die vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger verbucht werden – gleichzeitig profitierten viele kleine und mittelständische Unternehmen in der Region, die an den folgenden Bauaufträgen teilhatten.

Ziel des Konjunkturpaketes II war es, Handwerk und Mittelstand durch die unbürokratische Vergabe öffentlicher Aufträge zu unterstützen und dadurch Arbeitsplätze zu sichern. Insgesamt 500 Mio. Euro aus diesem Paket standen für die „Grundsanierung und energetische Sanierung von Gebäuden“ bundesweit zur Ver-



Besichtigung der Feldsteinkirche in Ratekau

engagierten Fördervereins dabei. Die regionale Ebene der Sozialdemokratie wurde vertreten durch Karl Heinz Georg und Gunda Klüver (SPD-Ortsverein Ratekau), Wolfgang Niemann (SPD-Fraktion), Astrid Steeger und Peter Ninnemann (SPD-OV Timmendorfer Strand), sowie weitere Interessierte aus der Gemeinde und dem Kreis.

Die Feldsteinkirche in Ratekau ist eine der wenigen erhaltenen romanischen Kirchen vom Typus Vicelinkirche und Wahrzeichen Ratekaus. Aufgrund ihres Alters und der hohen Beanspruchung bestand 2008 dringender Sanierungsbedarf – und akute Finanzierungsnot. Es war ein Riesenerfolg, dass die Kirche 2009 durch Beschluss des Haushaltsausschusses – als

fügung. Ursprünglich waren jedoch Nationale Kulturdenkmäler nicht förderfähig. Deshalb hatte der Haushaltsausschuss mit der Änderung eines Haushaltsvermerks im Mai 2009 beschlossen, dass auch 29 Kulturdenkmäler mit fast 18,6 Mio. Euro gefördert werden können. Bereits im Juni 2009 habe ich unter der fachkundigen Führung des Architekten und aller Beteiligten die Feldsteinkirche mit ihren damaligen Baumängeln besichtigen können und mich davon überzeugt, wie wichtig diese Geldspritze für den Bestand dieses Jahrhunderte alten Bauwerks ist. Ich freue mich sehr, dass die Bauarbeiten bald zu einem Abschluss gebracht werden können – die feierliche Wiedereröffnung der Kirche ist für den 28. August 2011 geplant.

Stelldichein im Schloss Eutin

Bettina Hagedorn (MdB) und Petra Merkel (MdB) setzen sich immer wieder dafür ein, dass das Schloss Eutin auf Fördermittel aus Brüssel hoffen darf. Die bisher geflossenen Mittel konnten dazu beitragen, dass sich das Schloss und die Nebenanlagen so präsentieren können, wie sie heute zu sehen sind. Um nicht nur über trockene Zahlen zu brüten, wollten sich die Bundespolitikerinnen aus dem Haushaltsausschuss des Bundestages selbst ein Bild von den Renovierungsfortschritten machen.

Unter der fachkundigen Führung von der Geschäftsführerin der Stiftung Schloss Eutin, Frau Dr. Moser konnten Bettina Hagedorn und Petra Merkel, die von der Landtagsabgeordneten Regina Poersch, dem Kreisvorsitzenden Lars Winter und von Elfi Welack vom SPD-Ortsverein Eutin begleitet wurden, Einblicke in die bisherigen Arbeiten nehmen. Frau Dr. Moser



Bettina Hagedorn, Frau Dr. Moser, Herr Ewers und Petra Merkel

beschrieb dabei auch die Arbeit an einem Pilotprojekt zur energetischen Sanierung, unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes. Der zuständige Architekt, Herr Ewers, unterstrich die Bedeutung der Energieeinsparung für alle Herrenhäuser und Schlösser für die nächsten 20 bis 30 Jahre. Die hohen Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten würden einen wirtschaftlichen Betrieb nicht ermöglichen.

Kurzfristig soll nach Wünschen von Frau Dr. Moser das zweite Obergeschoss ausgebaut und energetisch saniert werden um neben der Dauerausstellung Wanderausstellungen zeigen zu können, die weitere Besucher anziehen und höhere Einnahmen generieren.

Stippvisite im Wallmuseum Oldenburg

Am Freitag, dem 12. August waren Bettina Hagedorn (MdB) und Petra Merkel (MdB, erste weibliche Haushaltsausschussvorsitzende des Bundestages seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland), von der Landtagsabgeordneten Regina Peorsch und dem Kreisvorsitzenden Lars

Winter begleitet, zu Besuch im Wallmuseum Oldenburg. Die Geschäftsführerin des Wallmuseums, Frau Dr. Stephanie Barth, Herr Jürgen Schröder als Mitglied des Aufsichtsrates Wallmuseum und Herr Hans-Joachim Hahn als Vorsitzender des Fördervereins Stiftung Oldenburger Wall



Lars Winter, Bettina Hagedorn, Volker Lohr, Petra Merkel, Regina Peorsch und Dr. Stephanie Barth im Wallmuseum Oldenburg

begrüßten uns herzlich. Mit viel Herzblut und Leidenschaft führte Herr Hahn uns durch die Ausstellung und die Außenanlagen. Er berichtete wie mit den Fördermitteln des Bundes die Anlage erweitert und verbessert werden konnte. Internationale Kontakte wurden aufgebaut und helfen auch zukünftig bei einer noch besseren Aufarbeitung der Vergangenheit. Aber auch kritische Worte erreichten das Ohr der Bundespolitikerinnen. So sehen Frau Dr. Barth und Herr Hahn für die Zukunft die Möglichkeiten schwinden, Fördermittel aus dem Interreg-Programm, hier insbesondere die B-Programme, zu beziehen. Die Beantragung ist so aufwendig, dass selbst die Landesverwaltung anrät, teure Fachleute mit der Beantragung zu beauftragen.

Der stellvertretende Bürgermeister, Volker Lohr, die SPD-Fraktionsvorsitzende aus Oldenburg Annette Schlichter-Schenk und der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Klaus Zorndt begleiteten die Delegation. ■

Zentrale Pflegeberatung in Ostholstein

Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt die Mobilmachung des Seniorenbeirats in Bad Schwartau mit seiner Unterschriftensammlung, in Ostholstein wieder eine zentrale Pflegeberatungsstelle durch den Kreis einzurichten, ausdrücklich. Der Seniorenbeirat in Neustadt hat bereits in Zusammenarbeit mit der Stadt im Wege der Selbsthilfe ein eigenes Beratungsangebot, das stark nachgefragt wird, auf die Beine gestellt. Die immer deutlicher sichtbar werdenden Auswirkungen des demografischen Wandels zusammen mit der Situation auf dem „Pflegermarkt“ machen die Benachteiligung der Einwohner unseres Kreises deutlich. Ostholstein gehört leider zu den letzten vier Landkreisen die es sich leisten, keine zentrale Pflegeberatungsstelle vorzuhalten.

Mit einem dreijährigen Modellversuch wurde ab 2005 nachgewiesen, dass sich eine neutrale und insbesondere auch trägerunabhängige Beratungsstelle zusammen mit der immer noch bestehenden abrufbaren finanziellen Beteiligung des Landes und der Pflegekassen finanziell selbst tragen kann. Leider sind trotzdem seit 2008 alle Bemühungen unserer Fraktion auf

Fortführung bzw. Wiedereinrichtung an der unverständlichen Ablehnung der CDU/FDP im Sozialausschuss des Kreistages für diese Amtsperiode gescheitert. Es ist sehr bedauerlich, dass die Sozialpolitiker in diesen Fraktionen so ein Schattendasein führen müssen.

Wie aus dem Tollhaus mutet es darüber hinaus an zu erfahren, dass der CDU-Bürgermeister der größten Stadt im Kreis den Bemühungen ihres Seniorenbeirats dadurch Rückendeckung verleiht, dass er sich als einer der ersten auf der Unterschriftenliste eingetragen habe und bemerkt haben soll: „Die Bürger haben ein Recht auf Beratung und ich denke, man soll bei einer Berechnung nicht nur sehen, was das kostet, sondern was unterm Strich dabei herauskommt.“ Vielleicht kann ja bald von entsprechenden Anträgen des neuen Sozialpolitikers Schubert aus Bad Schwartau auf CDU Kreisparteitagen oder beim Städte- und Gemeindebund in Ostholstein berichtet werden!

Die SPD unterstützt weiterhin alle Ideen und Bemühungen, auch im Kreis Ostholstein den Anschluss an eine zeitgemäße auf die individuellen Bedürfnisse

abgestellte Pflegeberatung zu finden. Der permanente Hinweis aus der CDU, dass ja die Pflegekasse zentrale Beratungsstrukturen einzurichten hätten, ist rechtlich richtig, geht aber insbesondere wegen der nicht zu gewährleistenden individuellen Beratungsneutralität und weiteren auf der Hand liegenden Mängel an den Bedürfnissen vorbei. ■

Burkhard Klinke
Fraktionsvorsitzender

Hermann Greve
Sozialpolitischer Sprecher



Fraktion vor Ort**Sommertour im Kreis Ostholstein**

Die SPD-Kreistagsfraktion hat ihre Sommertour im Kreis Fraktion vor Ort, erfolgreich auf Gut Farve (Gemeinde Wangels) bei der Familie zu Waldeck fortgeführt.

Mit dem Ehepaar zu Waldeck, dem SPD Ortsverein und der Fraktion Hansühn hat sich die SPD-Kreistagsfraktion sich vor Ort das geplante Gelände für den Windpark angesehen und danach über den Planungsstand des Windparks in Farve informiert.

Die SPD hat sich eindeutig für die neue Generation von Windrädern ausgesprochen, die im Windpark Farve aufgestellt werden sollen, denn die 150 m hohen Windräder sind umweltverträglich, haben eine hohe Effizienz und die Rotoren drehen sich langsam. In dem Windpark sind sechs bis acht Windräder, die energiepolitisch den neuesten Standards entsprechen, vorgesehen. Alle BürgerInnen der Gemeinde Wangels können sich an diesem Windpark finanziell beteiligen. In dieser

Region ist es gewährleistet und sichergestellt, dass die erzeugte saubere Energie abgeleitet und ins Netz eingespeist werden kann, Watt für Watt wird hier genutzt. Es wird nicht wie in anderen Regionen sein, wo viele Wochen im Jahr die Windräder abgestellt werden müssen, weil die erzeugte Windenergie nicht ins Netz eingespeist werden kann.

Die Bevölkerung und auch die Politik haben sich in der Gemeinde für die Windenergie ausgesprochen. Der Firmensitz ist Gut Farve, somit werden die Gewerbesteuer in der Gemeinde bleiben. Die Windräder stehen auch nicht im Widerspruch zur „weißen Industrie“, dem Tourismus, dieses ist wissenschaftlich eindeutig nachgewiesen.

Die SPD ist für den Ausbau der Windkraft, auf dem Meer offshore und an Land onshore. Der neue Landesentwicklungsplan gibt jetzt das Ziel von 1,5 % der Landesfläche für Windenergieanlagen an Land

vor, auch das Repowering soll leichter ermöglicht werden. Das Kabinett hat am 28. Juni 2011 die Entwürfe für die Fortschreibung der fünf Regionalpläne zur Ausweisung der Windkraft-Eignungsgebiete verabschiedet. Mitte August beginnt das Anhörungsverfahren. Nach den furchtbaren Ereignissen in Fukushima und dem endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft müssen viele Flächen für die Windenergie bereitgestellt werden.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich einstimmig für die Ausweisung eines Windparks mit 150 m hohen Windrädern für die Fläche 43-1 in der Gemeinde Wangels ausgesprochen. Bei der Präsentation hat mich folgender Satz besonders beeindruckt: „Farve seit 1823 – Erfolg mit Windkraft, modern und historisch.“ ■

Burkhard Klinke
Fraktionsvorsitzender



Ich will hier rein!
www.eintreten.spd.de

SPD-Kreistagsfraktion
Anträge

Die SPD-Kreistagsfraktion hat zwei Anträge für die Sitzung des Hauptausschusses am 16. 8. 2011 gestellt.

Den Tagesordnungspunkt E.ON Hanse AG zurückzustellen, damit erst die Meinungsbildung aller Landkreise zum Verkauf von Anteilen an der E.ON Hanse erfolgen könne. mit der Begründung: „Die SPD Kreistagsfraktion hat Anfang Juni eine Anfrage zum Verkauf von Anteilen (Kreis Stormarn) an Landrat Sager gestellt. Weiterhin hat die Fraktion einen Antrag an die Mitgliederversammlung des Landkreistages (LKT), der am 24. Juni tagte, gestellt, diesen TOP aufzunehmen.

Dort wurde mit dem Geschäftsführer des LKT und dem Vorsitzenden vereinbart, dass der Antrag der SPD – „E.ON Aktien der Landkreise verkaufen?“ – erst im Vorstand des LKT und im Fachausschuss behandelt werden solle. Daher erscheint es wenig sinnvoll, bereits jetzt schon eine Entscheidung treffen.

Die Kfz-Zulassungsstelle in Oldenburg solle weiterhin erhalten bleiben.

Die Verwaltung wird gebeten, den Verkauf der bebauten Teilfläche der Kfz-Zulassungsstelle bzw. Veräußerung der Gesamtfläche und die Verlagerung der Zulassungsstelle in das Bürgerbüro der Stadt Oldenburg oder in das Gewerbezentrum (EGOH) in Oldenburg zu prüfen. Hierzu erfolgt die Begründung mündlich. ■

Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin
04521/59 57
Mail: kv-ostholstein@spd.de
Internet: www.spd-ostholstein.de

V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter
Schlußredaktion: Beate Müller-Behrens ■